

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

II. Jahrgang.

Berlin, Montag, den 15. Oktober 1883.

N^o 100.

Am Rhein und an der Seine.

Raum jemals früher ist der Gegensatz zwischen deutschen und neufranzösischen Zuständen so scharf zu Tage getreten, wie während der letzten Woche des vorigen Monats. Für den bewältigenden Eindruck, den das auf den Höhen des Niederwalds gefeierte Nationalfest nicht nur auf unbefangene, sondern auch auf befangene, uns feindlich gesinnte Zuschauer gemacht hat, liegt ein geradezu klassisches Zeugniß in dem Berichte vor, den ein Berichterstatter der Pariser Zeitung Temps veröffentlicht hat. Ein zweiter Bileam war dieser französische Schriftsteller in nichts weniger als freundlicher Absicht nach Rudesheim gekommen: den Anblick des greisen Heldenkaisers, den patriotischen Jubel der Bevölkerung, die ohne Rücksicht auf Unterschiede des politischen und des religiösen Bekenntnisses aus allen Theilen des Vaterlandes zusammengeströmt war, um einträchtigen Sinnes das nationale Fest zu feiern und sich an der erneuerten Herrlichkeit des Vaterlandes zu freuen, — diesem Anblick hat auch der ehrliche Franzose nicht widerstehen können, dem jede Erinnerung an das Jahr 1870 einen Stachel in das Herz drücken mußte. Auch er hat bekennen müssen, daß es etwas Großes und Herrliches um die Eintracht eines mächtigen seinem Herrscher in Wahrheit ergebenen Volks sei und daß eine Freude am Vaterlande, die sich von Selbstüberhebung und von Mißachtung des Auslandes fern zu halten wisse, auch dem Fremden Achtung abgewinne. Zwischen den Zeilen dieses Berichts aber steht so deutlich, als in einem französischen oder republikanischen Journal möglich war, geschrieben, daß der Verfasser wohl weiß, daß die moralischen und politischen Errungenschaften, deren Feier es auf dem Niederwaldfeste galt, mit den deutschen Institutionen und mit dem geweihten Träger derselben in einem Zusammenhange stehen, der unauflöslich genannt werden muß.

Als dieser Festbericht der französischen Lesewelt übergeben wurde, stand dieselbe unter dem vollen Eindruck der traurigen Pariser Ausschreitung gegen den vom Rhein an die Seine gekommenen König von Spanien. Dieser Fürst mußte in Paris Zeuge von Stimmungen und Zuständen der bedenklichsten Art sein! namens eines Patriotismus, der sich nur all zu leicht zu Fremdenhaß und nationaler Selbstüberhebung steigert, war er, der königliche Gast des französischen Staats, in noch nicht dagewesener Weise angegriffen und beschimpft worden. An der ihm angethanenen Beleidigung hatten Zuchtlosigkeit, Feindschaft gegen die bestehende Regierung und Intriguensucht der Parteien gleich großen Antheil gehabt und die Folgen davon drohten das Gefüge des Staates zu erschüttern. Mit solcher Heftigkeit standen die Gegensätze einander gegenüber, daß alle Rücksichten der Loyalität, der nationalen Würde und des eigenen Interesses wenigstens für den Augenblick vergessen zu sein schienen, und daß darüber gestritten werden konnte, ob bei den Regierenden oder den Regierten — bei der Presse, bei gewissen Parteiführern oder bei den Tumultuanten selbst die Hauptschuld an dem Vorgefallenen zu suchen sei. Aus dem Munde französischer Beurtheiler erfuhr der junge Fürst dann, daß es sich (wie eines der führenden Pariser Blätter der republikanischen Partei dieser Tage gesagt hat) nicht um einen vereinzelt Ausbruch misleiteter Volksleidenschaft, sondern um das Ergebnis eines Zustandes der Autoritätslosigkeit, des Parteienhasses und der Vorherrschaft einer Presse handele, die In- und Ausland gegen jede bestehende Ordnung, gegen jede Unterwerfung unter ein höheres Gesetz ankämpfe. An die Stelle der Einheit und Geschlossenheit, die sonst der Stolz und die Hauptquelle der Macht Frankreichs gewesen, drohe eine Zerfahrenheit zu treten, gegen welche die Regierung vergebens ankämpfe. Das parlamentarische System und der Grundsatz, nach welchem die Regierung ein Ausschuß der Mehrheit sein solle, schienen zur Re-

gierungslosigkeit führen zu sollen, weil es keine bestimmte Mehrheit gebe. Der Mangel einer Allen gemeinsamen, von Allen anerkannten Autorität, bedrohe die Republik und ihre Ordnungen mit der Gefahr einer Auflösung. — So ist von kundigen Franzosen selbst geurtheilt worden.

Haben wir nöthig, zwischen den Zuständen die Parallele zu ziehen, welche der spanische Monarch diesseit und jenseit der Bogen gefunden hat? Bedarf es einer Erklärung der zwischen hüben und drüben obwaltenden Verschiedenheiten, damit der Deutsche zu einer dankbaren Erkenntniß dessen gelangt, was er an der festen, auf Geseßlichkeit, Liebe und Vertrauen gegründeten Ordnung seines Vaterlandes und was er an dem Throne besitzt, vor welchem sich Alles in Ehrfurcht beugt, was auf den deutschen Namen überhaupt Anspruch erhebt?

† Die Ausgaben für das Heer.

Den Hauptstützpunkt der fortschrittlichen Opposition für ihre Angriffe gegen die Regierung hat von jeher die Behauptung gebildet, daß sie zur Befriedigung der militärischen Bedürfnisse zu viel Geld verwende und daß die Kosten für das Militär nicht nur unverhältnißmäßig wachsen, sondern auch die Befriedigung aller anderen culturellen Bedürfnisse weit in den Hintergrund drängen. Zum Ueberdruß wird noch behauptet, daß Preußen, bezw. Deutschland mehr als die Nachbarstaaten unter der Militärlast „seufze“. Die Verminderung der Militärausgaben war vor zwanzig Jahren die Parole der Opposition, und ebenso bildet auch heute wieder die Forderung nach „Ersparnissen in der Militärverwaltung“ das A und O aller fortschrittlichen Politik.

Wir wollen auf das im Interesse der Machtstellung und Unabhängigkeit Deutschlands Gefährliche dieser Forderung, welches sich aus der geographischen Lage unseres Landes und aus dem Stande der Wehrkraft der Nachbarländer von selbst ergibt, nicht näher eingehen, da es überflüssig sein dürfte, auf der Hand liegende Dinge erst zu beweisen. Auch brauchen wir nicht den veralteten, schon hinlänglich widerlegten Ansichten von der Unproductivität der Ausgaben für das Heer entgegenzutreten. Wohl aber ist es nöthig, den Behauptungen der Fortschrittspartei über das Anwachsen und über die Unverhältnißmäßigkeit der Militärausgaben zu den Ausgaben für andere Zwecke und im Vergleich zu anderen Ländern, Behauptungen, mit denen sie ihre Forderung wegen Ersparnisse in der Militärverwaltung begründet, etwas näher zu treten. Denn viele Leute, auch solche, welche um keinen Preis an den bestehenden Militärverhältnissen gerüttelt sehen möchten, nehmen jene Behauptungen für baare Münze: ein oberflächlicher Blick auf die steigenden Statzsiffern der Militärverwaltung sowie die Thatsache von der Vortrefflichkeit und Ueberlegenheit unseres Heeres verleiten leicht dazu, an die Echtheit derselben zu glauben.

Und doch sind jene Behauptungen grundfalsch. Das Irrthümliche und Unwahre derselben ziffermäßig und unwiderlegbar nachgewiesen zu haben, ist das Verdienst des bekannten Finanzstatistikers Philipp Gerstfeldt. Derselbe hat es unternommen, die sämmtlichen Ausgaben der Civil- und Militärverwaltung Preußens seit 1821 neben einander zu stellen und dieselben in Bezug auf ihr procentuales Wachstum unter sich sowohl wie mit denen Frankreichs und Großbritanniens zu vergleichen. (Die Ausgaben, welche Reichsache sind, sind nach der Bevölkerungsziffer auf Preußen reducirt und mit den etatmäßigen Ausgaben des preußischen Staates combinirt worden.) Die Resultate der gewissenhaften Untersuchung sind folgende:

Die Kosten der gesammten Civilverwaltung haben betragen im Jahre 1821 rund 59 Millionen Mark, die der Militärverwaltung 68 Millionen; 1851: 111 bezw. 79; 1861: 128